

MEDIENMITTEILUNG

Embargo: 15. März 2018, 17.00 Uhr

UNO-Menschenrechtsrat: Dritte UPR-Überprüfung der Schweiz beendet Gemischte Bilanz

- **Die Zivilgesellschaft ist enttäuscht über die Ablehnung von Empfehlungen, deren Umsetzung für die Schweiz eine Selbstverständlichkeit darstellen sollten.**
- **Der Wille zur Umsetzung einer Reihe wichtiger Empfehlungen ist erfreulich.**
- **Die Menschenrechtsorganisationen werden die Umsetzung der angenommenen Empfehlungen durch die Schweiz kritisch beobachten.**

Fachpersonen stehen vor Ort in Genf und in Bern für Interviews zur Verfügung:

- **Salome Lienert**, Terre des Femmes Schweiz (deutsch, français, english), 077 433 83 62
- **Sarah Frehner**, Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH (deutsch, français, english), 031 370 75 33
- **Matthias Hui**, humanrights.ch (deutsch, english, français), 079 831 53 74

Genf / Bern, 15. März 2018 Die Respektierung der Menschenrechte durch die Schweiz ist im UNO-Menschenrechtsrat überprüft worden. Die NGO-Plattform Menschenrechte Schweiz zieht eine gemischte Bilanz der dritten Allgemeinen regelmässigen Überprüfung (Universal Periodic Review, UPR) der Schweiz. Sie erwartet nun, dass die Schweiz die Schaffung einer Nationalen Menschenrechtsinstitution nach UNO-Standards, den Ausbau des Schutzes vor Diskriminierung sowie menschenrechtliche Garantien im Asylverfahren und bei der Untersuchung von Polizeigewalt vorantreibt.

In der Überprüfung gaben über 100 Staaten 251 Empfehlungen zur Menschenrechtslage in der Schweiz ab. Von den ausgesprochenen Empfehlungen nimmt der Bundesrat 160 an, 91 lehnt er ab. Die hohe Anzahl der erhaltenen Empfehlungen zeigt, dass die Schweiz mit ihrer aktiven Menschenrechtspolitik international im Rampenlicht steht. Umso deutlicher fordert die NGO-Plattform Menschenrechte von der Schweiz menschenrechtliche Kohärenz in allen Politikbereichen, auch zwischen Innen- und Aussenpolitik.

Unverständliche Ablehnungen

Der Bundesrat hat zahlreiche Empfehlungen abgelehnt, deren weitere Prüfung und Umsetzung für einen Staat wie die Schweiz eine Selbstverständlichkeit darstellen müssten. Dazu zählen die Forderung, das Folterverbot explizit in die Gesetzgebung aufzunehmen oder die Ratifizierung von Zusatzprotokollen zu UNO-Menschenrechtspakten, welche individuelle Beschwerdemöglichkeiten eröffnen.

Die zahlreichen Empfehlungen für gesetzliche Massnahmen im Bereich der menschenrechtlichen Verantwortung schweizerischer Konzerne im Ausland sprechen eine deutliche Sprache. Da die Schweiz diese ablehnt, sieht die NGO-Plattform in der Konzernverantwortungsinitiative das geeignete Mittel zu deren Umsetzung.

Auch der empfohlene, aber abgelehnte Ausbau unentgeltlicher Rechtspflege im Straf- und Massnahmenvollzug sollte nach Ansicht der NGO-Plattform eine Selbstverständlichkeit darstellen.

NGO-Plattform Menschenrechte Schweiz

c/o humanrights.ch, Hallerstrasse 23 CH-3012 Bern

Erfreulicher Wille zur Umsetzung

Auf der anderen Seite findet sich unter den angenommenen Empfehlungen eine ganze Reihe von Massnahmen, deren Umsetzung substantielle Fortschritte bedeuten würden.

Erfreulicherweise hat der Bundesrat sämtliche Empfehlungen für eine Nationale Menschenrechtsinstitution angenommen, insbesondere jene, die sich für die Umsetzung der Pariser Prinzipien der UNO aussprechen. Sie unterstreichen vor dem Hintergrund der bevorstehenden politischen Entscheidung, dass die Einführung einer solchen Institution eine Frage höchster Dringlichkeit und menschenrechtlicher Glaubwürdigkeit darstellt.

Ebenso positiv wertet die NGO-Plattform die Annahme von Empfehlungen, welche die Verstärkung von menschenrechtlichen Koordinationsmechanismen in der Verwaltung verlangen. Nach Ansicht der NGO-Plattform kommt einem interdepartementalen, auf möglichst hoher Hierarchiestufe angesiedelten und mit genügend Ressourcen dotierten Querschnittsorgan zur Förderung der menschenrechtlichen Kohärenz höchste Priorität zu.

Zur Sicherstellung der Vereinbarkeit von Volksinitiativen und internationalen Menschenrechtsverträgen, zu der zahlreiche Empfehlungen abgegeben wurden, wird die NGO-Plattform auf der Schaffung von Mechanismen insistieren, die das Völkerrecht stärken.

Eine enorme Zahl von Empfehlungen weist auf Lücken im Diskriminierungsschutz hin. Massnahmen auf gesetzlicher Ebene sind von der Schweiz abgelehnt worden. Die NGO-Plattform setzt sich vehement für einen lückenlosen und bindenden Schutz in der Form eines allgemeinen Gesetzes zum Schutz vor Diskriminierung ein. Sie wird aber vor dem Hintergrund der UPR-Empfehlungen auch auf spezifische Massnahmen gegen die Diskriminierung der LGBTIQ-Gemeinschaft und gegen rassistische Diskriminierung drängen. Erfreulicherweise wurden verschiedene Empfehlungen für Massnahmen gegen die Diskriminierung von Frauen angenommen.

Bund und Kantone haben die Gewährleistung der unabhängigen und unparteilichen Untersuchung von Polizeigewalt erfreulicherweise akzeptiert. Die NGO-Plattform wird die konkrete und umfassende Umsetzung dieser Empfehlung einfordern.

Die angenommenen Empfehlungen im Bereich Menschenhandel nehmen wichtige Defizite auf. Insbesondere bezüglich diskriminierungsfreiem, opferzentriertem sowie effektivem Schutz der Betroffenen von Menschenhandel hinkt die Schweiz hinter dem internationalen Standard her, die kantonalen Unterschiede sind nach wie vor gross.

Schliesslich bewertet die NGO-Plattform den Willen zur Gewährleistung von Minimalstandards in Asylzentren, gerade vor dem Hintergrund der grossen kantonalen Unterschiede, als positiv. Die geplante Revision der EJPD-Verordnung zur Unterbringung in Bundeszentren geht in verschiedener Hinsicht nicht weit genug. Minimalstandards müssen absichern, dass die Verhältnismässigkeit gewahrt ist und die Grenze zum Freiheitsentzug nicht überschritten wird.

Engagement zur Umsetzung

Die NGO-Plattform Menschenrechte Schweiz wird sich in den kommenden Jahren für eine konsequente Umsetzung dieser Empfehlungen einsetzen. Der NGO-Plattform gehören über 80 schweizerische Menschenrechtsorganisationen an.

Eine ausführliche Stellungnahme und Dokumentation der NGO-Plattform zur UPR-Überprüfung der Schweiz findet sich unter: <https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-schweiz/upr/2017/upr-3-zyklus-bilanz-ngo-plattform>